



Niederschrift über den öffentlichen Teil der 6. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Bürgerdienste (Fachausschuss 1 - F1) der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde am 04.03.2025, 18:15 Uhr

Sitzungsort: Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, Konferenzsaal,
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

Art der Sitzung: Hybridsitzung

TAGESORDNUNG

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
3	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 5. Sitzung vom 21.01.2025	
4	Feststellung der Tagesordnung	
5	Informationen des Vorsitzenden	
6	Einwohnerfragestunde	
7	Informationen aus der Stadtverwaltung	
7.1	Wirtschaftsförderung - Vorstellung der Agenda, Regionalbudget, Prozess GIK	
7.2	Grundsteuerreform - aktueller Sachstand	
7.3	Bundestagswahlen 2025 - Auswertung der Wahldurchführung	
7.4	Sonstige Informationen	
8	Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung	
8.1	Fraktion Alternative für Deutschland: Instandhaltung und Sanierung von Geh- und Radwegen in Eberswalde	AF/0028/2025
8.2	Fraktion Alternative für Deutschland: Auswirkungen der neuen Grundsteuerregelung	AF/0030/2025
9	Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)	
9.1	Änderung der Entgeltordnungen für Museum/Tourist-Information, Zoo Eberswalde und Familiengarten (Parkbetrieb)	BV/0131/2025
9.2	Haushaltsplan - Vorgehensplanung	BV/0133/2025
9.3	Fraktion Alternative für Deutschland: Den Mittelstand entlasten, die lokale Wirtschaft stärken – Kostenfreie Parkausweise für Handwerker, Pflegekräfte und soziale Dienstleister im Dienst einführen!	BV/0112/2024

10	Informationsvorlagen	
10.1	Vergabebericht im Vergabejahr 2024 - Teil 2 von 2	I/0004/2025

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	

Frau Kersten, stellvertretende Vorsitzende des Fachausschusses 1, eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr. Sie begrüßt alle Anwesenden zur Hybridsitzung des F1, an der gemäß § 34 Absatz 2 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) folgende Ausschussmitglieder bzw. Gäste per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

Teilnehmer/in	stimmberechtigt	gemäß Antrag vom:	und Genehmigung vom:
Herr Zinn (als Gast)	nein	02.03.2025	03.03.2025

Frau Kersten fragt, ob die Video- und Audioübertragung funktioniert.

Teilnehmer/in	Audioübertragung:	Videoübertragung:
Herr Zinn	ja	ja

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	

Frau Kersten stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der F1 beschlussfähig ist.

Zu Beginn der Sitzung sind **8 stimmberechtigte Mitglieder** in Präsenz und 1 Gast per Videozuschaltung anwesend (**Anlage 1**).

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
3	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 5. Sitzung vom 21.01.2025	

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
4	Feststellung der Tagesordnung	

Herr Weingardt von der Fraktion AfD teilt mit, dass sich der Titel der Beschlussvorlage BV/0112/2024 unter TOP 9.3 geändert hat. Dazu wurde eine zweite Austauschvorlage vor Sitzungsbeginn verteilt.

Der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
5	Informationen des Vorsitzenden	

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
6	Einwohnerfragestunde	

Es werden keine Einwohnerfragen vorgetragen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7	Informationen aus der Stadtverwaltung	

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7.1	Wirtschaftsförderung - Vorstellung der Agenda, Regionalbudget, Prozess GIK	

Herr Broschell:

- beginnt mit einer Berichterstattung zum Regionalbudget anhand einer Präsentation **(Anlage 2)**
- informiert zum Gewerbe- und Industrieflächenentwicklungskonzept (GIK); sagt, dass es in einem Termin mit der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg eine inhaltliche Abstimmung über eine mögliche Ausschreibung zum GIK gegeben habe und dass dafür personelle Unterstützung zugesagt wurde; derzeit wird intern nach einer Finanzierung des GIK gesucht, teilt mit, dass er regelmäßig über den aktuellen Sachstand im F1 berichten würde

- gibt aus dem Bereich Stadtmarketing die Information weiter, dass das Landestreffen der Bundesvereinigung des City- und Stadtmarketing vor einer Woche in Eberswalde stattgefunden habe

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7.2	Grundsteuerreform - aktueller Sachstand	

Herr Berendt informiert über den aktuellen Sachstand zur Grundsteuer A und B mit aktuellen und empfohlenen Hebesätzen anhand einer Präsentation (**Anlage 3**).

Frau Walter bittet um die Herausgabe der Daten für 2023 zur Grundsteuer A und B. Eine Übersicht wird der Niederschrift als **Anlage 4** hinzugefügt.

Frau Rasch informiert, dass es derzeit 7 % offene Fälle vom Finanzamt gäbe, dass per 26.02.2025 in der Kämmerei 322 Widersprüche vorlägen und 160 Widersprüche bereits entschieden seien.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7.3	Bundestagswahlen 2025 - Auswertung der Wahldurchführung	

Herr Berendt informiert über den Verlauf der Bundestagswahl 2025. Die Bundestagswahl 2025 wurde ordnungsgemäß durchgeführt. Bis zum heutigen Tag gäbe es keine Beanstandungen der Niederschriften durch den Kreiswahlleiter. Des Weiteren wurden Unterlagen eines Referenzwahllokals an den Wahlleiter zur Prüfung übergeben. Auch hier gäbe es bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Beanstandungen.

Herr Berendt spricht im Namen der Stadtverwaltung allen Beteiligten für die Unterstützung bei der Wahldurchführung seinen Dank aus.

Herr Lüdke macht den Vorschlag, die Schulungsunterlagen für die Wahlhelfer:innen nur digital zu versenden, um Ressourcen zu sparen. Er hätte sich eine andere Versorgung (keine Kekse, kein Kaffee bereitgestellt) im Briefwahllokal gewünscht, er sehe das auch als eine Art Wertschätzung der Helfer:innen.

Herr Berendt nimmt die Hinweise mit.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7.4	Sonstige Informationen	

Der Leiter des Standesamtes, Herr Frank Gotzmann stellt sich kurz vor und berichtet, dass er mit seinen Mitarbeiterinnen intensiv dabei sei, die Rückstände aufzuarbeiten. Es sei wieder möglich, am Schalter Beurkundungen vornehmen zu lassen, das heißt, Bürger:innen

können vor Ort ihre Urkunde ausgestellt bekommen. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2025 wurden 108 Geburten und 244 Sterbefälle beurkundet. Es fanden 12 Eheschließungen statt. Herr Gotzmann berichtet, dass zudem 534 Urkunden aus den Registern der Vorjahre ausgestellt worden seien (389 aus dem Geburtenregister, 28 aus dem Eheregister und 117 Urkunden aus dem Sterberegister). Er erklärt, dass die offenen Vorgänge im Standesamt priorisiert wurden und es Ziel sei, sie in den nächsten Monaten aufzuarbeiten. Er bittet aber auch um Verständnis, da in erster Linie die laufenden Beurkundungen Vorrang haben werden. Herr Gotzmann teilt mit, dass die Trauungen in der Märchenvilla und der Bürgerservice im Rathaus durchgeführt werden.

Er berichtet, dass das Standesamt mit einer „zweiten Säule“ verstärkt werden soll. Es sei vorgesehen, mit Vertretungsstandesbeamte im Falle der Abwesenheit während des Urlaubs oder längerer Erkrankung einer/s Standesbeamtin/en auch handlungsfähig zu bleiben. Die Vertretungsstandesbeamten sind eigene Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung, die als Standesbeamte qualifiziert werden sollen.

Herr Berendt geht noch einmal auf die Frage an die Ausschussmitglieder ein, ob der Quartalsberichtes für den Fachausschuss 1 weiterhin erstellt werden soll. Herrn Berendt haben bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Nachfragen zum Sachverhalt erreicht und er schlägt aus diesem Grund vor, zukünftig auf den Quartalsbericht zu verzichten.

Frau Kersten lässt darüber abstimmen, wer von den Ausschussmitgliedern auf den Quartalsbericht verzichten könne. Die Abstimmung ergab, dass sechs der heute anwesenden acht Mitglieder auf die Erstellung des Quartalsberichts verzichten könnten.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
8	Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung	

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
8.1	Fraktion Alternative für Deutschland: Instandhaltung und Sanierung von Geh- und Radwegen in Eberswalde	AF/0028/2025

Herr Weingardt von der einreichenden Fraktion, der AfD-Fraktion, begründet die vorliegende Anfrage.

Die Anfrage im Hinblick auf eine Anhebung des Budgets für die Instandhaltung und Sanierung von Geh- und Radwege in Eberswalde wurde von der Verwaltung bereits beantwortet. Es wird beabsichtigt, das Budget zu verdoppeln.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
8.2	Fraktion Alternative für Deutschland: Auswirkungen der neuen Grundsteuerregelung	AF/0030/2025

Die Beantwortung der Anfrage (**Anlage 5**) ist vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt worden.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9	Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)	

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9.1	Änderung der Entgeltordnungen für Museum/Tourist-Information, Zoo Eberswalde und Familiengarten (Parkbetrieb)	BV/0131/2025

Herr Schlüter teilt folgende Ergänzung zur Beschlussvorlage BV/0131/2025 mit:

Die „Vereinbarung über die den Zoologischen Garten Eberswalde betreffende Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde“ sieht unter § 3 vor, dass Erhöhungen der Eintrittspreise nur dann vorgenommen werden, wenn mit dem Landkreis hierüber Einvernehmen hergestellt wurde.

Deshalb hat die Stadtverwaltung den Landrat angeschrieben mit der Bitte den Prozess zur Herstellung des Einvernehmens einzuleiten. Der Landrat hat die Stadtverwaltung wiederum mit Schreiben vom 03. März 2025 darüber informiert, dass die Kreisverwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage zur Einvernehmenserteilung für die Sitzung des Kreisausschusses am 31. März 2025 vorbereiten wird.

Bei positivem Beschluss des Kreisausschusses wäre also das von der Stadt vorgeschlagene In-Kraft-Treten zum 10. April 2025 umsetzbar.

Trotzdem beabsichtigt die Stadtverwaltung den letzten Satz des Beschlussvorschlags anzupassen: Die Formulierung *„Die Entgeltordnungen treten am 10.04.2025 in Kraft“* wird ersetzt durch *„Die Entgeltordnungen treten vorbehaltlich der Einvernehmensherstellung mit dem Landkreis Barnim am 10.04.2025 in Kraft. Sollte die Einvernehmensherstellung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, treten die Entgeltordnungen dementsprechend später am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.“*

Herr Hilbig informiert, dass im Protokoll der AG Familiengarten festgehalten wurde, dass der Verwaltung ein Begleitbeschluss der Fraktion DIE LINKE vorgelegt werden sollte, mit dem Inhalt, dass Mehreinnahmen zu mindestens 50 Prozent für Investitionen zu verwenden seien. Er bittet darum, den Beschlusstext dahingehend zu ergänzen.

Frau Kersten sagt zum Sachverhalt, dass die Fraktion DIE LINKE es für besser befunden hätte, wenn für jede Einrichtung gesondert eine Beschlussvorlage vorgelegt worden wäre. Sie sagt, dass Investitionen nicht nur im Familiengarten, sondern auch für den Zoo notwendig seien. Die von Herrn Hilbig angesprochene Beschlussvorlage der Fraktion DIE LINKE sei für die Sitzung im Fachausschuss 2 am 05.03.2025 avisiert.

Herr Schlüter bestätigt, dass die Mehreinnahmen nicht komplett zur Reduzierung des Defizits verwendet werden sollen, sondern auch in Investitionen einfließen sollen. Über die Höhe der Mittel kann beraten werden. Spätestens zur Stadtverordnetenversammlung am 20.03.2025 wird eine Konkretisierung vorgelegt werden können.

Herr Weingardt fragt, auf den Punkt 3. Sonderveranstaltungen, Sonderaktionen, usw. in den Anlagen 4 bis 6 der Beschlussvorlage BV/0131/2025 eingehend, warum explizit auf eine kostenfreie Nutzung bei stadteigenen Veranstaltungen hingewiesen worden sei.

Herr Weingardt sagt, dass er es begrüße, dass die Stadt den Bürgern aufzeige, was die Stadt finanziell leiste, insbesondere in den sozialen Bereichen, wo die Stadt tätig sei. Er möchte die Stadtverwaltung dazu ermuntern, mehr Auflistungen und Übersichten zu schaffen, um mit dieser Transparenz den personellen und finanziellen Aufwand der Stadt Eberswalde den Bürgern besser nahe bringen zu können.

Herr Schlüter wird die Frage zur kostenfreien Nutzung stadteigener Veranstaltungen zur Beantwortung mitnehmen.

Herr Berendt erklärt, dass eine Festschreibung von zusätzlichen Erträgen, die durch Preissteigerungen erzeugt werden, haushaltrechtlich nicht durchsetzbar sei. Er versichere aber, dass die Verwaltung notwendige Investitionen im Blick habe und könne sich vorstellen, dass in die Sachverhaltsdarstellung der Beschlussvorlage aufgenommen werde, dass auf Investitionen in Familiengarten und Zoo ein besonderer Fokus gelegt werde.

In einer weiteren Diskussion gab es den Vorschlag, besondere Attraktionen einzeln zu bepreisen, es kamen aber auch Bedenken auf, dass die Besucherzahlen einbrechen könnten, und eine Staffelung der Preiserhöhung über Jahre vielleicht besser wäre.

Im Ergebnis der Diskussion wurde über die Beschlussvorlage mit der vorab genannten Anpassung *„Die Entgeltordnungen treten am 10.04.2025 in Kraft“* wird ersetzt durch *„Die Entgeltordnungen treten vorbehaltlich der Einvernehmensherstellung mit dem Landkreis Barnim am 10.04.2025 in Kraft. Sollte die Einvernehmensherstellung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, treten die Entgeltordnungen dementsprechend später am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.“* wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Die Mitglieder des Fachausschusses 1 empfehlen der Stadtverordnetenversammlung den Beschlusstext mit der o. g. Anpassung zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1, Anlage 2 und Anlage 3 beigefügten Entgeltordnungen:

- Entgeltordnung Museum/Tourist-Information
- Entgeltordnung Zoo Eberswalde
- Entgeltordnung Familiengarten (Parkbetrieb)

Die Entgeltordnungen treten am 10.04.2025 in Kraft.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9.2	Haushaltsplan - Vorgehensplanung	BV/0133/2025

Herr Berendt führt kurz in die Beschlussvorlage BV/0133/2025 ein. Er sagt, dass die Verwaltung mit den Stadtverordneten das weitere Vorgehen zur Haushaltsplanung 2026 ff. gemeinsam abstimmen möchte. Die Verwaltung möchte mit der Planung eines Doppelhaushaltes 2026/2027 starten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Die Mitglieder des Fachausschusses 1 empfehlen der Stadtverordnetenversammlung den folgenden Wortlaut zu beschließen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung mit der Planung eines Doppelhaushaltes für die Haushaltsjahre 2026/2027.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9.3	Fraktion Alternative für Deutschland: Den Mittelstand entlasten, die lokale Wirtschaft stärken – Kostenfreie Parkausweise für Handwerker, Pflegekräfte und soziale Dienstleister im Dienst einführen!	BV/0112/2024

Herr Weingardt führt in die Beschlussvorlage ein. Für seine Fraktion, der AfD, steht die zeitliche und finanzielle Ersparnis für Handwerker, soziale Dienstleister und Pflegekräfte im Vordergrund. Die Ersparnisse kämen den Endverbrauchern zugute. Herr Weingardt sagt, dass der Antrag zum Ziel habe, Hinweise von den anderen Fraktionen und der Verwaltung aufzunehmen und eine Diskussion anzustoßen.

Herr Berendt teilt mit, dass derzeit nach den aktuell bestehenden Regularien, bereits 140 Ausnahmegenehmigungen für Gewerbetreibende und 172 gültige Genehmigungen für häusliche Pflege und Soziale Dienstleistungen erteilt worden seien. Er sagt, dass der Beschluss-

vorschlag der AfD-Fraktion bereits gelebt werde und diese Regularien zum Teil schon bestehen. Im Prozess der Überarbeitung des Parkraummanagements seien die Fraktionen gebeten worden, Hinweise und Ideen zum Parkraummanagement zu geben, hier sei auch die vorliegende Beschlussvorlage der AfD-Fraktion einzuordnen. Die Rückmeldungen sollen verwaltungsintern aufgearbeitet und im weiteren Beratungsverlauf in die Debatte gebracht werden. Die Verwaltung würde dann beabsichtigen, die Vorschläge und Hinweise in den Ausschüssen vorzutragen und anschließend inhaltlich zusammenzuführen. Herr Berendt sagt, dass der hier vorliegende Vorschlag losgelöst vom eigentlichen Konzept eingereicht worden sei. Die Verwaltung sei bestrebt, mit einem geordneten Diskussionsprozess alle Aspekte in eine ordentlich zu beratene Beschlussvorlage zum Parkraummanagement einfließen zu lassen, um dann über ein Gesamtpaket mit Einzelpunkten, über die auch einzeln abgestimmt werden könne, den Prozess abzuschließen.

Eine anschließende Diskussion ergab, dass die Ausschussmitglieder den Ausführungen von Herrn Berendt zustimmen können.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10	Informationsvorlagen	

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.1	Vergabebericht im Vergabebjahr 2024 - Teil 2 von 2	I/0004/2025

Über die Kenntnisnahme zur Informationsvorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zur Kenntnis genommen

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Übersicht der vergebenen Aufträge im zweiten Vergabehalbjahr 2024 zur Kenntnis.

Der öffentliche Sitzungsteil wird um 20:06 Uhr geschlossen.

gez. Irene Kersten
stellv. Vorsitzende des
Fachausschusses 1

gez. Claudia Heilmann
Schriftführerin

